

Linke Politik im Kreistag Oder-Spree

4/2022
12. Oktober 2022

DIE LINKE.
Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Editorial

In der Zeit zwischen dem Juni- und Oktober-Kreistag haben die Wirkungen des Krieges in der Ukraine auch die Menschen im Landkreis erreicht. Die Fraktion hat darauf mit einer Information über die Möglichkeiten zur Nutzung von Hilfen nach dem SGB II reagiert.

Die Wirkungen waren derart, dass es eine Extraausgabe unseres Infoblatts gab, mit dem grundsätzliche Zusammenhänge erläutert wurden. Die damit verbundenen Fragen bilden nun auch den Hauptinhalt unserer Informationen über den Kreistag vom 5. Oktober

2022. Wie immer berichten wir über die Arbeit und die Aktivitäten unserer Fraktion. Für weitere Informationen verweise ich auf die im Bürgerinformationssystem einsehbaren Materialien des Kreistages.

Dr. Artur Pech, Fraktionsvorsitzender

Zwischen den Kreistagen



Ein Transparent für den Frieden

Am ersten Oktober war ich mit einem Transparent unserer Fraktion auf einer Friedensdemonstration. Darauf standen nur zwei Worte, eine Friedenstaube und das Logo unserer Fraktion. Die beiden Worte: „Frieden jetzt!“

Ich musste danach lernen: Wer jetzt Frieden fordert, ist mindestens Querdenker, wenn nicht halber Nazi. So jedenfalls Redakteure des *Spiegel*, die uns direkt angingen. (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/demonstrationen-in-berlin-wie-es-zur-ersten-querfront-im-herbst-kam-a-f77610e5-95ad-4050-9fb6-0cb0f97a6808>)

Dabei schießt das in der alten Bundesrepublik fälschlich als „Sturmgeschütz der Demokratie“ bezeichnete Blatt Dauerfeuer und macht Gegner der bundesdeutschen Kriegspolitik zu „Querfrontlern“ und mindestens halben Nazis.

Ich wiederhole, was Karl Liebknecht schon 1916 feststellte: „Wer den Feind,

den Imperialismus, nicht in den Repräsentanten angreift, die ihm Auge in Auge gegenüberstehen, sondern in denen, die ihm und denen er weit vom Schusse ist, und noch gar unter Approbation und Förderung der eigenen Regierung (d. h. der ihm allein und unmittelbar gegenüberstehenden Repräsentanten des Imperialismus), ist kein Sozialist, sondern ein trauriger Offiziosus der herrschenden Klassen. Eine solche Sorte Politik ist Kriegshetze und nicht Klassenkampf, sondern das Gegenteil davon.“

Das ist ein uraltes Rezept. Da wird eine Friedensbewegung angegiftet, die es schon gab bevor die „Querdenkerei“ erfunden wurde und mindestens in die Nähe der Nazis geschoben. Das Ziel ist ganz einfach: Wer heute für Frieden ist, wer die Zustände im Lande in ihrem Zusammenhang zur Kriegspolitik sieht, soll mundtot gemacht werden.

Später habe ich erfahren, dass am 5. Oktober – am Tage unseres Kreista-

ges – Clare Daly, Irland, Mitglied der Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL eine Rede hielt, die sehr genau auch dieses Problem beschreibt (Auszug):

„Herr Präsident,

der Krieg in der Ukraine eskaliert schnell zu einem noch größeren Schrecken. Und wie ich sehe, tut praktisch niemand in diesem Plenarsaal etwas dagegen. Tatsächlich scheinen die meisten Leute davon abzulenken, dass es eskaliert. Und genau in diesem Moment werden, wie üblich, Proteste gegen den Krieg diffamiert, und – um sie zum Schweigen zu bringen – als Verräter, Kumpane, Putin-Marionetten, Kreml-Handlanger und russische Agenten verleumdet.

Ehrlich gesagt ist es erbärmlich.

Ich nehme den Vergleich nicht auf die leichte Schulter, aber die Grobheit und der Zynismus dieser Beleidigungen, die von den Mainstream-EU-Parteien kom-

men, könnten genauso gut von Hermann Göring geschrieben worden sein.

Der sagte infam, dass die Menschen zwar nie Krieg wollen, aber in den Krieg gebracht werden können mit Drohungen und Verleumdungen. Alles, was dafür zu tun sei, ist ihnen zu sagen, dass sie angegriffen werden, die Pazifisten wegen mangelnden Patriotismus denunzieren und ihr Land einer Gefahr aussetzen – es funktioniert in jeder Hinsicht gleich ...

Dieses Haus sollte sich für diese Debatte schämen. Worte werden verdreht, Bedeutungen untergraben und die Wahrheit auf den Kopf gestellt.

Fraktionsarbeit

In Vorbereitung auf die für den Oktober-Kreistag angekündigte Einbringung des Haushaltes für das Jahr 2023 hatte die Fraktion frühzeitig eine Reihe von Fragen gestellt, die sich aus den fortschreitenden Wirkungen des Krieges auch für den Kreishaushalt ergeben.

Sich dem schrecklichen Wahnsinn des Krieges zu widersetzen ist nicht anti-europäisch, nicht anti-ukrainisch, nicht pro-russisch: Es ist gesunder Menschenverstand.

Die Arbeiterklasse Europas hat in diesem Krieg nichts zu gewinnen und alles zu verlieren. (Hervorhebung A. P.)

Und ich finde es bezeichnend, dass diejenigen, die nach Waffen für die Ukraine rufen, niemals Waffen für die Menschen in Palästina oder für die Menschen im Jemen fordern.

Anders als Sie, bin ich gegen jeden Krieg. Ich will, dass er aufhört.

Diese Fragen wurden in ihrem wesentlichen Kern nicht beantwortet. Die damit verbundenen Probleme sind im Beitrag zum Kreishaushalt enthalten.

Mit dem Oktober-Kreistag rückte Jörg Bogadtke in den Kreistag nach und wurde Mitglied unserer Fraktion. Er

Dafür entschuldige ich mich nicht.“

Quelle: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2022-10-05-INT-3-135-0000_EN.html,
(Englisch, eigene Übersetzung).

Ich entschuldige mich auch nicht. Und ich verzichte auch nicht darauf, den Zusammenhang zwischen den Kriegskosten, die den Menschen auch bei uns aufgebürdet und die hinter scheinbar unverfänglichen Bezeichnungen wie „Energiekrise“ oder „Inflation“ versteckt werden, als das zu bezeichnen, was sie sind.

wird im Sozialausschuss und im Beirat des Krankenhauses Oder-Spree konkrete Arbeit leisten und Rita-Sybille Heinrich wird künftig auch im Jugendhilfeausschuss mitarbeiten.

Der Kreistag am 5. Oktober 2022

Kreishaushalt 2023

Dieser Beitrag wurde für die Beratung im Kreistag am 5. Oktober 2022 für die Einbringung des Haushaltes für das Jahr 2023 vorbereitet. Er konnte dort nur fragmentarisch gehalten werden. Die Rede wurde mehrfach auf unübliche Weise unterbrochen und die für die Haushaltsdebatte zustehende Redezeit gekürzt.

Das fadenscheinige Argument lautete, es werde ja nicht der Haushalt beraten, er werde nur eingebracht. Soll sagen: Die Einbringung des Haushaltes ist nicht Teil der Haushaltsberatungen. Eigentlich sollte zu diesem Punkt keine Debatte zugelassen werden.

Das war die Fortsetzung einer Linie, nach der es schon auf die Mitte September für den Kreistag eingebrachten Fragen in der Hauptsache keine Antwort gab.

Deshalb wird hier der ungekürzte Beitrag wiedergegeben.

Verehrte Abgeordnete,

Die Märkische Oderzeitung (MOZ) las sich heute fast wie eine Sonderausgabe für den Kreistag.

Schlagzeile auf S. 1: „Brandenburgs Ärzte schränken Sprechstunden ein“ –

um „Energie zu sparen, wenn es dunkel wird“. Ärzte rechnen damit, „dass der Anstieg der Energiepreise ‚das Dreifache an Kosten‘ in die Arztpraxen bringen wird.“

Wir werden heute in einem anderen TOP noch über das „integrierte Handlungs- und Maßnahmenkonzept zur Sicherstellung und Optimierung der Gesundheitsversorgung“ im Landkreis zu beraten und zu beschließen haben. Aber die angesprochenen finanziellen Wirkungen der Energiepreisentwicklung trifft uns auch schon im aktuellen Haushalt:

Die Energiepreise, die in der Finanzierung der Krankenhäuser nicht adäquat berücksichtigt werden – ich könnte auch sagen, gar nicht berücksichtigt werden – gefährden die Existenz der Krankenhäuser. Und über die Wirtschaftspläne des Kreiskrankenhauses und der anderen kreislichen Gesellschaften werden wir ebenfalls mit dem Haushalt zu beschließen haben.

Wer sich an der Schönrede der Probleme nicht beteiligt, landet bei der Frage: Soll das etwa auch ein Betrag zu Flurbereinigung der Krankenhauslandschaft auf Kosten der Menschen in der Fläche sein? Am Profit privater Krankenhäus-

konzerne orientierte Experten plädieren doch schon lange für die Schließung möglichst vieler kommunaler Kliniken.

Der Kreistag hat also zwei miteinander verbundene Aufgaben: Es muss das finanzielle Überleben unseres Krankenhauses sichern und dazu auch eine Veränderung der Krankenhausfinanzierung durch Bund und Land einfordern, die an der Gesundheitsversorgung in der Fläche und nicht an der Gewinnerzielung über Fallpauschalen orientiert ist.

Im Spree-Journal der heutigen MOZ lautet die Schlagzeile: „Zeit sparen mit dem PlusBus“. Und im Kleingedruckten: „Da die neue Verbindung nach Neuenhagen von Fachleuten als besonders nützlich eingestuft wird, nimmt der Landkreis Oder-Spree zusätzlich Geld – über den beschlossenen Nahverkehrsplan hinaus – in die Hand. Damit kann die neue Linie häufiger fahren.“ Es geht also auch da um Geld.

An dieser Stelle habe ich nun allerdings in anderer Hinsicht ein Problem. Am 23. Juli richteten die Beschäftigten des Busverkehrs einen offenen Brief an die Gesellschafter der BOS GmbH und an alle Fraktionen des Kreistages.



Wendeschleife vor dem Rathaus Schöneiche – ab Dezember nicht mehr Endstation, Foto: Dr. Artur Pech

Ich erfuhr von diesem Schreiben erst, als sich die Absender darüber beschwerten, dass ich darauf nicht reagiert habe. Und ich wüsste schon gern, wer die Verantwortung dafür trägt, dass uns dieses Schreiben vorenthalten wurde. Das war ganz offensichtlich eine politische Entscheidung und kein Versanden auf dem Postweg.

Denn es geht da um „akuten Personalnotstand im Fahrbereich“, um „Keine leistungsgerechte Bezahlung sowie mangelnde Wertschätzung“ darum, dass „schon seit Langem auf Verschleiß der Arbeitnehmer“ gefahren wird. Beklagt wurde auch: „Das Fahrpersonal wird in den sozialen Medien, in der Presse und durch Fahrgäste für das Ausfallen von Linien verantwortlich gemacht. Die Belegschaft hat vergebens auf eine Reaktion von Ihnen als Gesellschafter gewartet. Während der Pandemie und trotz hohen Krankenstandes waren wir immer ein verlässlicher Partner. Jetzt können wir nicht mehr!!!“

Auch der Geschäftsplan des Busverkehrs wird in der nächsten Sitzung des Kreistages zu beschließen sein. Ich halte eine vernünftige Beschlussfassung ohne Beantwortung der genannten Fragen für unmöglich. Und Antworten, die mehr als verbale Beschwichtigungen sein sollen, werden Geld kosten.

Nach meiner Rechnung beschäftige ich mich gegenwärtig zum 24. Mal seit

meiner Mitgliedschaft in diesem Kreistag mit einem Kreishaushalt.

Und ich bin auf bitterböse Weise an meine erste Rede zu einem Kreishalshalt erinnert. Damals beteiligte sich die Bundesrepublik Deutschlands erstmals mit eigenen Soldaten an einem Krieg, von dem heute kaum noch bestritten wird, dass er völkerrechtswidrig war. Deutsche Soldaten warfen zum zweiten Mal im 20. Jahrhundert Bomben auf Belgrad. Und die Wirkungen erreichten schon damals auch die kommunalen Finanzen.

Heute sind sich die verschiedenen Minister der Bundesregierung nicht einig, ob sich das Land schon im Krieg befindet. Der Bundesminister für Gesundheit sagt mal ja, die Bundesverteidigungsministerin sagt mal nein. Aber wie dem auch sei: Auch die Menschen im Landkreis müssen schon für die Kosten des Krieges bezahlen und nicht wenige haben Angst – mindestens davor, dass sie finanziell ruiniert werden.

Ich höre schon den Einwand: Der soll damit aufhören und zur Sache kommen.

Ich komme zur Sache.

Die Menschen und die Unternehmen im Landkreis sind mit einer in der Geschichte des Landkreises bisher einmaligen Kostenentwicklung konfrontiert.

Um dieser Entwicklung bei den anstehenden kommunalpolitischen Entscheidungen Rechnung zu tragen, ist

die Erfassung des eingetretenen Zustandes und der absehbaren Entwicklung erforderlich.

Deshalb hatte ich zur Beantwortung im heutigen Kreistag die folgenden Fragen gestellt:

- 1. Wie stellt sich die Kostenentwicklung für die Erfüllung der Aufgaben der Kreisverwaltung in engerem Sinne (Sicherstellung der Verwaltungstätigkeit) dar und welche Maßnahmen wurden bisher eingeleitet, um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen?*
- 2. Wie wirkt sich die Kostenentwicklung auf die Situation in den kreiseigenen Unternehmen und in den Unternehmen aus, an denen der Landkreis beteiligt ist?
Welche Maßnahmen wurden dort eingeleitet?
(Es geht sowohl um die jeweilige wirtschaftliche Lage der Unternehmen als auch um die Situation der Beschäftigten).*
- 3. Ein wachsender Teil der privaten Haushalte im Landkreis wird absehbar nicht in der Lage sein, die Kostenentwicklungen aus ihrem laufenden Einkommen zu tragen.*

Auf Dauer führt dieser Zustand erst in die Überschuldung und dann möglicherweise in die Privatinsolvenz. Damit ist der Landkreis sowohl in der Arbeit des Sozialamtes, des Jobcenters als auch bei

der Erfüllung weiterer Pflichtaufgaben gefordert. Welche Konsequenzen wurden aus dieser absehbaren Entwicklung bisher durch die Kreisverwaltung gezogen?

Ohne hinreichende Antworten auf diese Fragen werden wir mit dem Haushalt 2023 Schiffbruch erleiden.

Es stellt sich vor diesem Hintergrund ohnehin die Frage, ob die seit langem angestrebte frühe Beschlussfassung über den Kreishaushalt in diesem Jahr tatsächlich so eine gute Idee ist. Wie es aussieht, läuft es danach ziemlich schnell auf einen Nachtragshaushalt hinaus.

In der vorigen Woche hatte ein Vertreter des Städte- und Gemeindebundes die Gelegenheit, in der rbb-Sendung „brandenburg aktuell“ die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden darzustellen.

Er hat hochgerechnet, dass die Städte und Gemeinden allein bei Gas und Strom 170 Mio. Mehrausgaben haben. Das sind ungefähr 60 Prozent ihres Grundsteueraufkommens. Die Rede war davon, 20 Prozent Energie zu sparen, die Straßenbeleuchtung und die Wärme zu reduzieren und/oder Schwimmbäder zu schließen. Und 60 Prozent der Städte und Gemeinden haben gesagt, sie müssten Investitionen zurückstellen.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass es solche Probleme in den Städten und Gemeinden des Landkreises Oder-Spree nicht gibt.

Es gibt also viele Unsicherheiten – aber der Kreishalshalt darf nicht als formal abgearbeitetes bürokratisches Erfordernis zum Muster ohne Wert werden.

Nun sind Energiekrise und Inflation Begriffe, die trefflich davon ablenken, dass hier die Kriegskosten eingetrieben werden.

Man muss nicht nur den Eindruck haben, die regierungsoffiziellen Argumentationen bewegen sich auf dem Niveau des sprichwörtlichen Lieschen Müller. Das kaufte seine Schrippen ja auch beim Bäcker und der Rest der Welt konnte ihm egal sein. Tatsächlich müssen wir

jetzt aber aufpassen, dass es den Bäcker im nächsten Jahr noch gibt.

Wer seinen größten Energielieferanten aus dem Markt ausschließen will und zu diesem Zweck dem Rest der Welt um nahezu jeden Preis die dringend benötigte Energie weg kauft, kann sich doch über die Preisentwicklung nicht wirklich wundern. Und es ist auch nicht verwunderlich, dass der so bestrafte Lieferant sich nicht auf den Plan einlässt, mit dem er in die Knie gezwungen werden soll, sondern sich anderes einfallen lässt. Und er oder sie sollte sich eingestehen, dass auch Explosionen in der Ostsee der näher rückende Widerhall des Krieges sind. Da geht es dann um mehr als die kalte Bude, da geht es um die Existenz.

Und tatsächlich sind „Sanktionen“ und „Wirtschaftskrieg“ synonyme Bezeichnungen für dieselbe Sache und ihre Zuspitzung bringt nicht den Frieden, sondern den Krieg näher.

Ich bin mir schon im Klaren, dass die Entwicklungen auch für den Kreishaushalt schwer vorherzusehen sind. Das ist umso schwieriger, da die Bundesregierung einerseits Maßnahmen verkündet, die sie wieder aufhebt bevor sie in Kraft treten – wie die sogenannte Gasumlage, mit der auf Kosten aller Verbraucher die Kriegspolitik ziemlich unverschämt finanziert werden sollte. Und andererseits „Wummse“ oder „Doppelwummse“ verkündet, von denen nicht einmal die beteiligten Regierungsmitglieder zu wissen scheinen, was die denn konkret beinhalten.

Noch einmal zu drei konkreten Punkten:

Erstens:

Musterrechnungen haben ergeben, dass ein Alleinstehender mit einem monatlichen Erwerbseinkommen von 2.300 € Brutto und 1.827 € Netto bei einer Heizkostennachzahlung von 1.000 € nach SGB II einen Übernahmeanspruch von 622 € hat.

Nach der Statistik des Landkreises hatten 2019 von knapp 88.000 Erwerbstätigen rund 33.000 ein Nettoeinkommen von unter 1.500 €.

Da lässt sich abschätzen, was mit der aktuellen Entwicklung auf die Menschen und damit auch auf den Landkreis zukommt.

Und wenn die Hilfen nach SGB II dann tatsächlich beantragt werden, ist auch der Landkreis finanziell gefordert. Es fragt sich, wie dieser Umstand in der Haushaltsplanung berücksichtigt wird.

Zweitens:

Die dauerhafte finanzielle Überforderung führt in die Schuldenfalle. Von daher ist in der Haushaltsdebatte auch zu prüfen, wie der Beschluss des Kreistages zur auskömmlichen Finanzierung der Schuldnerberatung im Haushalt 2022 umgesetzt wird. Schließlich hatte der Kreistag durch Beschluss die Verwaltung beauftragt, im Jahre 2023 für eine auskömmliche Finanzierung der Schuldnerberatung zu sorgen. Auf die im Monat September in den Ausschüssen mehrfach gestellte Frage, wie das kalkuliert wurde, gab es jedoch bisher keine Antwort.

Drittens:

Die Tafeln im Landkreis mildern die Not der Menschen. Durch die Preissteigerungen verursachte wachsende Not vergrößert die Anforderungen an die Tafeln. Zugleich sind sie ebenfalls von den Preissteigerungen betroffen. Daher ist es dringend erforderlich, die Unterstützung der Tafeln auch im Jahr 2023 fortzusetzen. Dazu haben wir einen entsprechenden Antrag eingebracht.

Die Menschen auch im Landkreis gehen gegenwärtig in wachsender Zahl auf die Straße. Auch der Kreistag ist gut beraten, auf ihre Probleme zu reagieren und den von Sorge getriebenen Demonstrationen nicht mit fragwürdigen Erwägungen angeblich dubioser Motive zu begegnen.

Schulzentrum Fürstenwalde

(von Dr. Bernd Stiller)

Soll ich die Dezernentin erschießen?

... fragte Landrat Lindemann (SPD) offensichtlich genervt nach meinem Redebeitrag zum TOP 17 der Tagesordnung: „Grundsatzbeschluss zur Er-

richtung einer zweizügigen Grundschule als Erweiterung im Schulzentrum Fürstenwalde“. Der Beschlussvorschlag selbst lautete: „Der Kreistag beschließt,

die Verwaltung mit der Weiterführung der Planung des Neubaus einer Grundschule einschließlich Gestaltung der Außenanlagen zu beauftragen“.



Foto: B. Stiller

Oberschulenteil des Schulzentrums an der Beeskower Chaussee in Fürstenwalde. Links im Bild die Außenkante des nicht mehr genutzten Finanzamtes Fürstenwalde, das ab 1974/75 als Lehrlingswohnheim mit Mensa errichtet und bis 1989/90 vom ehemaligen VEB Reifenwerk Fürstenwalde genutzt wurde. Nach dessen Abriss soll hier der Grundschulteil des Schulzentrums entstehen.

Soweit eigentlich eine unstrittige Frage, denn von allen Seiten – sehr intensiv auch von uns als LINKE – wurde das Vorhaben immer als bedeutsam angesehen und es wird auch vom Land gefördert. Unter der Haushaltsstelle 21610.6811180010 wurde die 8-Mio.-Zuwendung vom Land seit dem Jahr 2019 beginnend in Teilsummen überwiesen, nach den Haushaltsunterlagen des Landkreises sind in Summe mindestens 7,2 Millionen € schon da. Hier gibt es also kein Zurück, der Bedarf ist dringend, die Idee eines Schulzentrums ist wichtig und das Land gab Geld.

Aber in der Septembersitzung des Bildungsausschusses des Kreistages entstand, als der aktuelle Planungsstand vorgestellt wurde, einige Unruhe. Die Kosten für Schulbau und Außenanlagen wurden mit rund 25,1 Mio. € ausgewiesen. Vor 3 Jahren standen noch 13,7 Mio. € im Haushaltsplan.

Darin jeweils nicht enthalten ist im Übrigen eine Sporthalle für die zukünftige Grundschule, die nur als „optional“ mit Kosten von 5,8 Mio. € im Beschlussvorschlag erwähnt wurde.

Die Mitglieder des Bildungsausschusses waren über diese Kostenentwicklung nicht begeistert und fragten insbesondere nach einer Kostenbeteiligung der Stadt Fürstenwalde. Die Auskünfte der Kreisverwaltung waren an dieser Stelle eher zurückhaltend, um es vornehm zu bewerten. Auch über eine Refinanzierung der Investition, die zunächst der Landkreis vorfinanzieren muss, über Schulkostenbeiträge, wurde nichts Aufhellendes ausgeführt.

In dieser Situation schlug ich vor, den Grundsatzbeschluss nicht zu verschieben, der Grundschulbau ist ja dringend und schon verspätet, sondern die Nachreichung von Informationen

durch die Verwaltung bis zur Sitzung des wichtigen Kreisausschusses eine Woche später zu fordern.

Dem folgte der Ausschuss, Frau Siebke (SPD) als Ausschussvorsitzende formulierte: „Bis zum Kreisausschuss soll eine aussagekräftige Vorlage erstellt und vorgelegt werden, die beinhaltet, ■ wie die Finanzierung mit der Stadt Fürstenwalde geregelt ist, ■ ob eine Überprüfung von Einsparmöglichkeiten bei diesem Bauvorhaben erfolgt ist, ■ eine zusätzliche Abbildung durch die Kämmerei über die Finanzierung des Heizhauses, des zusätzlichen Untergeschosses, der Photovoltaikanlage auf dem Dach und der Sporthalle (in Jahresschreiben)“.

Doch zum Kreisausschuss lag nichts vor und mündlich erfolgten auch keine substantiellen Beiträge. Zur Kreisausschusssitzung hatte ich gebeten, dass das Votum des Kreisschulbeirates zum Schulneubau uns zugänglich gemacht wird. Eigentlich alles normale Vorgänge. Doch als der eingangs schon genannte TOP 17 der Kreistagssitzung begann, Schweigen der Verwaltung, kein Wort der Erklärung, keine Antwort auf die Fragen der Finanzierung, kein Wort zum Votum des Kreisschulbeirates.

Deshalb verwies ich in meinen Redebeitrag darauf, dass ich schon ein Statement der Kreisverwaltung erwartet hätte und kein Schweigen und sagte: „Dass der **Bildungsausschuss ignoriert** wird, ist eine Frage der Höflichkeit und des Umgangs miteinander, es ist enttäuschend, aber gesetzlich nicht verboten, dass der Kreisschulbeirat nicht gehört wird, ist aber **Ignoranz der im Schulgesetz festgelegten Regularien**. Und keine Frage der Höflichkeit“.

Ja, in Brandenburg wird Mitwirkung der Eltern, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler seit Beginn der 1990er Jahre ausdrücklich gewünscht. Aktuell steht es so im Brandenburgischen Schulgesetz §137: „(3) Der Kreisschulbeirat ist in folgenden Angelegenheiten zu hören: (...) 4. Schulbaumaßnahmen des Kreises“

Das ist eindeutig. Und gerade DIE LINKE Oder-Spree macht sich seit 30 Jahren dafür stark, dass die Mitwirkungsrechte der ehrenamtlich arbeitenden Vertretungen erhalten bleiben. Dass z. B. Schülerinnen und Schüler nach Gremiensitzungen in Beeskow kaum mit Bus nach Hause kommen, ist schon schlimm genug.

Was wäre mal ein Fortschritt? Wir müssen die Mitwirkung nicht erbetteln, sondern die Verwaltung legt unaufgefordert die protokollierten Ergebnisse der Anhörung des Kreisschulbeirates vor, wenn Vorhaben des Kreises mitwirkungspflichtig sind. Eine Aufgabe für die nächsten Monate, das durchzusetzen.

Trotz obiger Kritik hatte ich auch Verständnis geäußert. Denn die Verwaltung schrieb mir einige Tage vor der Kreistagssitzung: „... vielen Dank für Ihre Anfrage, leider ist es auf **Grund personeller Engpässe** unsererseits nicht möglich, eine Beantwortung bis

Impressum

Linke Politik im Kreistag Oder-Spree – Informationen der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree;
V.i.S.d.P.: Dr. Artur Pech, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-oder-spree.de;
Druck: SAXOPRINT GmbH, 01277 Dresden
Redaktionsschluss: 12. Oktober 2022
Auflage: 1 000 Exemplare
Autor aller nicht namentlich gekennzeichneten Beiträge dieser Ausgabe: Dr. Artur Pech

zum Kreistag am 5. Oktober 2022 zu ermöglichen. ...“ Ja, die Belastung der Verwaltung war und ist ja mit Corona, vielleicht eigenen Erkrankungen, Schweinepest, Ukraine-Krise und zögerlicher Stellenneubesetzung groß. Das

wollen wir Kreistagsabgeordnete nicht anzweifeln, Aber in seinem Geschäftsbericht hat der Landrat dazu nichts gesagt. Nur der Satz mit dem „Erschießen“ fiel am Ende des Tagesordnungspunktes. Ja was soll man da antworten? Bloß

nicht. Zum Glück haben wir demokratische Verwaltungen. Aber zur Demokratie gehört auch, dass Voten und Fragen aus den Fachausschüssen nicht völlig ignoriert werden.

Unterstützung der Tafeln im Landkreis Oder-Spree

Eine heftige Auseinandersetzung gab es um den gemeinsamen Antrag der Linksfraktion und der Fraktion FDP/BJA/BVFO zur Fortsetzung der Förderung der Tafeln im Landkreis Oder-Spree auch im Jahr 2023.

Eigentlich war dieser Antrag sehr zurückhaltend formuliert. Schon Anfang 2022 hatte es nach einem entsprechenden Antrag eine längere kontroverse Debatte gegeben. Da wurde um die Notwendigkeit einer solchen Förderung und Details der Berechnung des Förderbetrages heftig gestritten. Zum Schluss brachte die Kreisverwaltung – auch das ein Novum in der Geschichte des Kreistages – einen eigenen Antrag ein. Es war offenkundig, dass der Antrag der Fraktionen auch in geänderter Fassung nicht beschlossen und ein anderer Eindruck erweckt werden sollte. Aber wie dem auch gewesen sein mag: Am Ende gab es

einen Beschluss und die Tafeln erhielten für das Jahr 2022 einen Zuschuss.

Nun hat sich seither die Situation für die Tafeln weiter verschlimmert. Die Not wird größer, die Lebensmittelpreise steigen, es kommen mehr Menschen und zugleich brauchen die Tafeln wegen der gestiegenen Kosten mehr Geld. So brauchen auch die Kühlfahrzeuge der Tafeln immer teurer werdenden Kraftstoff.

Um Streitereien wie Anfang 2022 zu vermeiden, zielte der Antrag für 2023 auf eine Fortsetzung der Förderung, wie im Jahre 2022. Das war schließlich ausgiebig diskutiert worden. Diese Hoffnung war jedoch vergeblich. Wieder gab es teils erbitterten Widerstand dagegen, den Ärmsten zu helfen.

Die „Argumente“ waren derart an den Haaren herbeigezogen, dass sich eine Auseinandersetzung nicht lohnt. Die vernehmlichsten Gegenreden ka-

men aus den Fraktionen der GRÜNEN und der CDU, aber auch die Kreisverwaltung – sonst bei Anträgen aus den Fraktionen häufig sehr zurückhaltend – sprach sich gegen einen solchen Beschluss aus.

Die Debatte endete mit einer namentlichen Abstimmung. Mit 29 Stimmen bei acht Gegenstimmen und acht Enthaltungen wurde beschlossen, die Förderung der Tafeln im Landkreis als freiwillige soziale Aufgabe im Jahr 2023 wie im Jahr 2022 fortzusetzen. Damit hat sich eine absolute Mehrheit des Kreistages in namentlicher Abstimmung zu ihrer sozialen Verantwortung bekannt.

Wir freuen uns über diesen Beschluss, der den am härtesten von wachsender Not Betroffenen eine – wenn auch geringe – Hilfe bringt. Insgesamt werden wie im Vorjahr 25.200 € bereitgestellt.

Integriertes Handlungs- und Maßnahmenkonzept zur Sicherstellung und Optimierung Gesundheitsversorgung im Landkreis Oder-Spree

Auf Antrag unserer Fraktion hatte der Kreistag am 4. 12. 2019 die Kreisverwaltung beauftragt, eine Konzeption für die nachhaltige Sicherung der medizinischen Versorgung im Landkreis Oder-Spree vorzulegen. Die Zielstellung beinhaltete sowohl die Sicherstellung des langfristigen Betriebs des Oder-Spree-Krankenhauses als auch die Vorlage einer Konzeption zur Entwicklung der medizinischen Versorgung im Landkreis Oder-Spree unter Einbeziehung der Krankenhausversorgung.

Das vom Kreistag nunmehr beschlossene Handlungs- und Maßnahmenkonzept ist die konzeptionelle

Grundlage zur Gewährleistung einer umfassenden medizinischen Versorgung für Jung und Alt im gesamten Landkreis. So geht es u. a. um Vorschläge und Empfehlungen zur Sicherung der kommunalen Krankenhäuser, zur Entwicklung und den Aufbau von alternativen Arbeitsmöglichkeiten für junge Ärzte (z. B. Medizinische Versorgungszentren) und für eine langfristige Ärztenachwuchsgewinnung.

Im Gegensatz zu allen anderen Handlungsfeldern sind die Möglichkeiten der Gestaltung und Einflussnahme für die Kommunen aufgrund der gesetzlich geregelten Zuständigkeiten stark

eingeschränkt. Dennoch bietet der Konzeptentwurf eine Reihe von Handlungs- und Maßnahmenempfehlungen, mit deren Umsetzung zeitnah zu beginnen ist. Die Strategie, aber auch die einzelnen Zielstellungen für die Gesundheitsversorgung im Landkreis Oder-Spree sollen zudem wichtige Grundlage für die Arbeit der in Vorbereitung befindlichen „Regionalen Gesundheitskonferenz“ sein. Die Kreisverwaltung Oder-Spree als Initiator beider Projekte der Gesundheitsversorgung werden den Umsetzungsprozess des Konzepts federführend organisieren und in die Wege leiten.

Fazit

Der Oktober-Kreistag hat einige gute Beschlüsse gefasst. Die Initiativen unserer Fraktion haben dafür einen wesentlichen Beitrag geleistet. Zugleich

hat er aber auch eine erste Vorahnung aufkommen lassen, welche Probleme in Folge des Krieges auch auf die Menschen im Landkreis noch zukommen

werden. Es stehen harte Konflikte bevor, die auch am Kreistag nicht vorbeigehen werden.